

BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN und S P D

Fraktionen im Rat der Stadt Sankt Augustin

Ihr Gesprächspartner/in: W. Köhler, M. Ruland, B. Knopp, M. Knülle, E. Kok, H. Mewes

Gremium: Schulausschuss
Sitzungstermin: 13.12.2005

Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, BRB
Federführung:

öffentlich
 nicht öffentlich

Rückgabetermin:
erledigt am:

Antrag
 Dringlichkeitsantrag

Datum: 07.12.2005
Drucksachen-Nr.: 05/0503

Betreff:

Resolution gegen die Aufhebung der Schulbezirke für Grundschulen

Beschlussvorschlag/Fragestellung:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt nachfolgende Resolution zu den Plänen der Landesregierung hinsichtlich der Aufhebung der Schulbezirke für Grundschulen und beauftragt den Bürgermeister, diesen Ratsbeschluss zu veröffentlichen und der Landesregierung mitzuteilen:

Resolution

Der Rat der Stadt Sankt Augustin lehnt die als Regierungsprogramm verkündete Abschaffung der Schulbezirke für Grundschulen strikt ab und fordert die Landesregierung auf, ihre diesbezüglichen Pläne im Lichte der nachfolgend vorgetragenen Argumente zu revidieren und die Schulbezirke bestehen zu lassen.

Eine Abschaffung der Schulbezirke für Grundschulen ist aus Sicht der Schulträger sehr problematisch, weil ohne dieses wichtige Steuerungsinstrument die Schülerströme nicht an die Raumkapazitäten der Schulen anzupassen sind. Damit würde eine geordnete Schulentwicklungsplanung unmöglich gemacht. Auf Grund des Wahlverhaltens der Eltern wären manche Schulen nicht mehr ausgelastet und hätten räumliche Überkapazitäten, während andere Schulgebäude mit zusätzlichen Raumkapazitäten versehen werden müssten, obwohl die Stadt über das Stadtgebiet gerechnet hinreichende Schulraum-Kapazitäten hätte.

Da sich die Populationen der Grundschulen dauernd ändern würden, wäre selbst eine geordnete Lehrerversorgung nur um den Preis ständiger Versetzungen zu gewährleisten, die Unruhe in die Schulen tragen und Kontinuität unterbrechen würde.

Die wohnortnahe Grundschule bietet gesellschaftspolitisch wichtige Leistungen: Nur die wohnortnahe Grundschule, die allen Kindern offen steht, kann ihrer sozial-integrativen Funktion gerecht werden und Ghettoisierung vermeiden, und nur die wohnortnahe Grundschule ermöglicht es, dass Grundschulkindern mit der Zurücklegung ihres Schulweges ohne Begleitung durch die Eltern ein Stück Selbständigkeit gewinnen können.

Problembeschreibung/Begründung:

Bitte geben Sie hier Ihre Begründung ein !

Wolfgang Köhler
gez. M. Knülle

gez. M. Ruland
gez. E. Kok

gez. B. Knopp
gez. H. Mewes

Dieser Antrag soll folgende Anträge ersetzen:

SPD vom 08.09.05 Drucks. Nr. 05/0349
GRÜNE vom 23.09.05 Drucks. Nr. 05/0368